A3

Antrag

Initiator*innen: Schreibgruppe Wahlprogramm (dort beschlossen am: 31.01.2026)

Titel: **Charlottenburg-Wilmersdorf hält zusammen**

Antragstext

Kapitel 2)

Charlottenburg-Wilmersdorf

hält zusammen

Charlottenburg-Wilmersdorf steht für Chancengleichheit, Zusammenhalt und Lebensqualität – und das soll so bleiben. Wir wollen sicheres Wohnen, soziale Teilhabe und eine gerechte Bildungs- und Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen. Wohnen ist ein Menschenrecht – deshalb setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum, eine starke Mieter*innenberatung und gegen spekulativen Leerstand und Verdrängung ein.

Für Kinder, Jugendliche und Familien stehen Bildungsgerechtigkeit, Inklusion und Beteiligung im Vordergrund. Wir schaffen inklusive, klimafreundliche Bildungsorte, stärken Familien durch niedrigschwellige Angebote, und fördern Nachbarschaften, die füreinander einstehen. Gesundheit verstehen wir als öffentliches Gut – mit einem starken Gesundheitsamt, Prävention und Unterstützung für Pflege, psychische Gesundheit und Suchtprävention. Wir wollen Obdachlosigkeit vorbeugen, Senior*innen ein würdevolles Leben ermöglichen und generationenübergreifende Begegnungen fördern. Eine bürgernahe, digitalisierte Verwaltung sorgt dafür, dass Hilfe ankommt.

Wohnen sichern – Vielfalt im Kiez erhalten

Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen in Charlottenburg-

Wilmersdorf. Steigende Mieten, spekulativer Leerstand und Verdrängung bedrohen den sozialen Zusammenhalt in unseren Kiezen. Gerade in einem innerstädtischen Bezirk mit starkem Nachfragedruck ist die Wohnungspolitik entscheidend dafür, ob soziale Vielfalt erhalten bleibt oder verloren geht.

Wir Bündnisgrüne setzen uns auf allen Ebenen – vom Bezirk bis zum Bund - dafür ein, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, neuen Wohnraum nachhaltig und bedarfsgerecht zu schaffen, die Macht großer Wohnungsgesellschaften zu begrenzen, und die Rechte von Mieter*innen zu stärken. Wohnen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht weiter zu Spekulation und Profitmaximierung missbraucht werden.

Unsere wichtigsten Forderungen:

- Verdrängung verhindern
- Leerstand bekämpfen
- Mietenexplosion stoppen
- Beratung und Unterstützung von Mieter*innen ausbauen.

Milieuschutz stärken – Verdrängung verhindern

Wir wollen Mieter*innen und die soziale Infrastruktur in Charlottenburg-Wilmersdorf schützen, indem wir die bestehenden Milieuschutzgebiete erhalten und neue Gebiete festsetzen.Mit dem Milieuschutz soll die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in den Kiezen erhalten werden. In Milieuschutzgebieten (auch: „soziale Erhaltungsgebiete“) sollen Luxusmodernisierungen verhindert werden, die zu hohen Mieten und dadurch Verdrängung führen. Davor wollen wir Mieter*innen schützen. Deshalb haben wir uns in der letzten Wahlperiode dafür eingesetzt, dass das Milieuschutzgebiet am Klausenerplatz erhalten bleibt und neue Gebiete wie am Brabanter Platz und am Hochmeisterplatz ausgewiesen wurden, sodass in Charlottenburg-Wilmersdorf mittlerweile neun Milieuschutzgebiete existieren. Wenn die aktuell laufenden Nachuntersuchungen positiv ausfallen, werden die festgesetzten Gebiete Mierendorffinsel, Alt-Lietzow und Jungfernheide weiterhin bestehen bleiben. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode neue Milieuschutzgebiete festsetzen, dabei sind vorrangig die Kieze rund um den Amtsgerichtsplatz und die Schloßstraße in Charlottenburg sowie den Prager Platz und den Ludwigkirchplatz in Wilmersdorf zu prüfen. Dafür wollen wir die finanziellen und personellen Mittel aufstocken. Wo die Prüfungen positiv ausfallen, muss der Milieuschutz auch festgesetzt werden.

Neben dem Milieuschutz konnten wir auch mithilfe von städtebaulichen Verträgen und Abwendungsvereinbarungen erfolgreich Verbote für möblierte Vermietung auf Zeit einführen. Diese Instrumente wollen wir weiterhin konsequent nutzen und um die Instrumente des Bauplanungsrechts ergänzen, um der Verknappung von bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken.

Abriss stoppen, Verwahrlosung und Leerstand bekämpfen

Leerstand, spekulative Verwahrlosung und Zweckentfremdung entziehen dem Markt dringend benötigte Wohnungen. Um preiswerten Wohnraum zu sichern, muss der Abriss von Häusern möglichst verhindert werden. Denn mit dem Abriss gehen insbesondere preiswerte Wohnungen verloren. An den Nachweis, dass heruntergekommener Wohnraum nicht mehr wirtschaftlich saniert werden kann, sind höhere Anforderungen zu stellen.

Eigentümer*innen von leerstehenden und verwahrlosten Gebäuden wollen konsquent in die Pflicht nehmen - durch Modernisierungs- und Instandsetzungsangebote, dem Treuhändermodell (Bezirk setzt Treuhänder für die Sanierung ein, um die Wohnungen wieder dem Markt zuzuführen) sowie höheren Bußgeldern nach dem Berliner Zweckentfremdungsrecht Denn Eigentum verpflichtet!

Das spekulative und teils rechtswidrige Verhalten einzelner, insbesondere großer Wohnungsgesellschaften, schadet hingegen Mieter*innen, Nachbarschaften und auch den fairen Vermieter*innen – denn es führt zu unangemessenen Mietsteigerungen, Vernachlässigung von Gebäuden und Verdrängung.

Damit der Bezirk Leerstand besser erfassen kann, wollen wir geeignete Instrumente nutzen, wie zum Beispiel einen Datenaustausch mit Versorgern.

Wir wollen alle Möglichkeiten des bezirklichen Vorkaufsrechts ausschöpfen und beim Senat die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel einfordern.

Mietenexplosion stoppen, Beratung ausbauen, Rechte durchsetzen

Wir kämpfen zusammen mit der Landes- und Bundesebene für wirksame Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Charlottenburg-Wilmersdorf. Mit dem Bezahlbare-Mieten-Gesetz im Land und dem Faire-Mieten-Gesetz im Bund haben wir konkrete, umfassende Lösungen erarbeitet, um der Krise auf den Wohnungsmärkten effektiv zu begegnen und Mieten und Wohnen wieder bezahlbar zu machen. Wir setzen uns insbesondere für einen landesrechtlich abgesicherten Mietendeckel ein.

Wir stehen für eine umfassende, niedrigschwellige Beratung von Mieter*innen.

Denn nur wer seine Rechte kennt, kann sie wirksam durchsetzen. Dafür wollen wir den Milieuschutzbeirat des Bezirks stärken und zivilgesellschaftliche Initiativen zur Unterstützung von Mieter*innen gezielt fördern. Die Mieter*innen-Beratung und die Stelle gegen Mietwucher wollen wir stärken und durch eine gebündelte Zuständigkeit für alle Wohn- und Mieter*innenbelange aufwerten. Mit einer breiten und gut aufgestellten bezirklichen Beratung und Unterstützung können Mieter*innen und Bezirk gemeinsam und zielgerichtet gegen gesetzeswidrige Praktiken auf dem Wohnungsmarkt und gegen Mietwucher vorgehen. Denn nicht selten fordern Vermieter*innen eine zu hohe Miete gemessen am Berliner Mietspiegel , obwohl dieser für die meisten Wohnungen genau vorgibt, wie hoch die jeweilige Miete sein darf. Mithilfe des Ausbaus der kostenlosen bezirklichen Mieter*innen-Beratung wollen wir Mieter*innen darüber informieren, wie sie einer unzulässigen Mieterhöhung wiedersprechen oder sogar eine Senkung ihrer Mieten durchsetzen können. So verhindern wir zugleich die mittelbare Beeinflussung des Berliner Mietspiegels zulasten der Mieter*innen.

Gleichzeitig wollen wir Eigentümer*innen zu nachhaltigen, innovativen Flächen- und Wohnmodellen beraten und so gemeinwohlorientierte Lösungen fördern.

Bezahlbar bauen, Genossenschaften stärken, Wohnungstausch ermöglichen

Neue Wohnbauflächen wollen wir vorrangig ohne zusätzliche Versiegelung erschließen – etwa durch Aufstockungen, die Umnutzung leerstehender Büroflächen oder Wohnungsbau auf Supermarkt- und Gewerbedächern. Ein bezirkliches Gutachten hat 13 geeignete Supermarktstandorte identifiziert, erste Projekte sind bereits in Umsetzung. Diese Projekte wollen wir fortführen und neue Projekte vorantreiben. Sozialer Wohnungsbau und das „Berliner Modell“ mit mindestens 30 Prozent mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum in Neubauprojekten bleiben dabei zentral.

Zur Schaffung dauerhaft bezahlbaren Wohnraums fördern wir außerdem gezielt Wohngenossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Zusammenschlüsse. Diese entziehen Wohnraum der Spekulation, stabilisieren langfristig das Mietniveau und stärken Gemeinschaft und solidarische Nachbarschaften.

. Charlottenburger*innen und Wilmersdorfer*inn mit Umzugswunsch sollen es leichter haben, innerhalb des Bezirks oder auch im ganzen Stadtgebiet eine andere Wohnung zu finden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass das Recht auf Wohnungstausch nicht nur gegenüber landeseigenen Wohnungsunternehmen gilt, sondern auch auf private Wohnungsgesellschaften ausgeweitet wird. So unterstützen wir bedarfsorientiertes Wohnen.

Kinder, Jugend und Familie – für einen Bezirk, der mit sorgt

Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben. In Charlottenburg-Wilmersdorf gestalten wir eine Umgebung, in der Kinder, Jugendliche und Familien aktiv mitbestimmen, ihre Stärken entfalten und selbstbestimmt aufwachsen können. Bildung, Betreuung und Freizeitangebote sollen allen zugänglich sein – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Lebensform. Beteiligung, Inklusion und Chancengleichheit sind für uns die Grundlage für ein lebendiges, vielfältiges und solidarisches Miteinander.

Unsere wichtigsten Forderungen:

- Kita-Gutschein automatisch zum 1. Geburtstag
- Unterstützung für jede Familie im Bezirk
- Schulen klimaangepasst und gerecht gestalten
- zugängliche Räume für Jugendliche
- Beteiligung von Anfang an sicherstellen

Jedes Kind verdient die gleichen Chancen

Wir gestalten gerechtere Startbedingungen für alle Kinder. Der Zugang zur Kita soll so einfach wie möglich sein. Dafür wollen wir den Kita-Gutschein automatisch und unbürokratisch zum ersten Geburtstag des Kindes an alle Familien verschicken. Wir gestalten Kitas als warme, sichere und lebendige Orte – mit kleinen Gruppen, hoher Qualität und klarem Blick auf ökologische Entwicklungen. Familien sollen sich auf verlässliche Betreuung verlassen können – egal, woher sie kommen oder wie ihr Alltag aussieht.

Kinder aus Geflüchtetenunterkünften begleiten wir besonders sensibel, damit sie von Beginn an Teil unserer Gemeinschaft werden können. Wir schützen die Vielfalt in Kinderläden und Tagespflege auch durch eine sozialere Gestaltung der Gewerbemieten. Eine verlässliche Gestaltung und ausreichend Hort- und Kita-Plätze ermöglichen Eltern eine faire und gleichberechtigte Aufteilung von Care-Arbeit.

Familien stärken – in all ihrer Vielfalt

Wir wissen, wie unterschiedlich Familien leben und welche Kraft in dieser Vielfalt steckt. Wir möchten, dass jede Familie im Bezirk die Unterstützung findet, die zu ihr passt. Wir setzen uns dafür ein, dass zusätzliche Angebote geschaffen werden für queere Familien, Alleinerziehende und Familien mit

Migrations- oder Fluchterfahrungen. Bildungs- und Beratungsangebote gestalten wir barrierefrei, mehrsprachig und zugänglich. Der Zugang zu Bibliotheken bleibt für alle Kinder kostenfrei.

Wir sichern Jugend- und Familienhilfen gesellschaftlich und finanziell ab. Wir bringen Beratungsangebote mittels dezentraler Familienservicebüros direkt in die Kieze und stärken die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe und psychosozialen Einrichtungen.

Beratungs- und Hilfsangebote für Regenbogenfamilien und queere Jugendliche werden wir aktiv und gezielt stärken. Dazu bauen wir Angebote für queere Kinder und Jugendliche in Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe aus. Wir fördern queeres Wohnen generationenübergreifend. Charlottenburg-Wilmersdorf arbeitet hierfür eng mit LGBTIQ-Organisationen zusammen, um Wohnen für queere Jugendliche im Bezirk zu ermöglichen. Dieses Projekt soll ein aktiver Teil des Netzwerks Queere Jugendhilfe Berlin werden.

Schulen, die Zukunft atmen

Unsere Schulen sollen Orte sein, an denen sich die Zukunft unseres Bezirks zeigt – mutig, modern und voller Chancen. Wir sanieren Schulgebäude klimafreundlich, entsiegeln die Schulhöfe und nutzen Dächer für Grünflächen und Solarenergie. Bildung endet für uns nicht nach dem Schulunterricht. Ganztägige Betreuung bleibt verlässlich, flexibel und pädagogisch hochwertig. Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams stehen den Kindern zur Seite und begleiten Schüler*innen im Alltag.

Alle Kinder und Jugendliche brauchen gute und gerechte Startbedingungen. Wir fördern Inklusion und echte Teilhabe, indem Kinder vom ersten Tag an gemeinsam in Regelklassen lernen und unterstützende Angebote im Ganztagsbereich nutzen können. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Bildungseinrichtungen und Initiativen des Bezirks soll weiter verstärkt werden, um Kindern und Jugendlichen ein möglichst breites Angebot zur persönlichen Interessenbildung und -entwicklung bieten zu können. Dazu wird das außerschulische Angebot wie die Gartenarbeitsschule, die Jugendverkehrsschule und die Jugendkunstschule sowie die Musikschulen im Bezirk gestärkt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Schulessen für die Klassen 1 bis 6 weiter kostenfrei bleibt, von regionalen Produzenten stammt und qualitativ hochwertig ist.

Vegane und vegetarische Angebote in Schulen und Kitas werden ausgeweitet. Bildungs- und Informationsinitiativen zum Tierschutz und zur Stadtnatur werden an Schulen, Kitas und in der Öffentlichkeit gestärkt, unterstützt von NGOs und

begleitet durch digitale Kampagnen.

Die Gesundheitsförderung wollen wir in Schulen, Kitas und Ausbildungsbetrieben stärken, zum Beispiel durch Gesundheitschecks, Workshops und Bewegungsprogramme. Wir setzen uns dafür ein, dass die Übergänge zu Oberschulen durch die Erhöhung von ISS-Schulplätzen und den Erhalt der Aufnahmekapazitäten an den Gymnasien verlässlicher gestaltet werden. Wir unterstützen ausdrücklich die Einrichtung von mehr Gemeinschaftsschulen in unserem Bezirk.

Die Finanzierung des Schwimmbusses, der Kinder der 3. Klasse zum Schwimmunterricht bringt, konnten wir im Haushalt 2026/27 absichern. Auch in den Folgejahren werden wir dieses Angebot aufrechterhalten.

Ein Bezirk, der niemanden zurücklässt

Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass niemand zurückgelassen wird. Unser Bezirk soll ein Ort sein, an dem sich jede und jeder gesehen und ernst genommen fühlt. Wir stärken die Jugendhilfe, schaffen niedrigschwellige Beratungsangebote und unterstützen Menschen, die sich engagieren und gleichzeitig Care-Arbeit leisten. Durch einen CareFonds können sie finanzielle Unterstützung bei der Kinderbetreuung erhalten. Wir sorgen dafür, dass Hilfe genau dort ankommt, wo sie gebraucht wird, und dass der Zugang zu Angeboten nicht von Einkommen, Herkunft oder Sprache abhängt. Eine bezirkliche Anlaufstelle bei Diskriminierung in Schule oder Jugendhilfe sorgt dafür, dass Schutz, Beratung und Hilfe leicht zugänglich sind.

Wir sichern Familien- und Nachbarschaftszentren dauerhaft und schaffen Begegnungsräume, die auch am Abend oder am Wochenende für alle offen sind. Öffentliche Flächen nutzen wir flexibel, beispielsweise ermöglichen wir den Zugang zu Schulhöfen als Spielplätze am Wochenende. Kreative Orte für Kunst, Musik und junge Beteiligungsprojekte beleben unseren Bezirk.

Bei neuen Geflüchtetenunterkünften achten wir auf Integration in den Kiez und passende Infrastruktur wie Kitas und Schulen. Minderjährige Geflüchtete haben ein Recht auf Schulbesuch außerhalb der Unterkunft. Danach muss eine qualifizierte Ausbildung schnell und unbürokratisch möglich sein. Das Lernen wird unterstützt durch kostenlose Sprach- und Nachhilfeangebote.

Sichere Wege – selbstständige Kinder

Ein sozialer Bezirk zeigt sich auch daran, wie sicher Kinder sich in ihm bewegen können.

Straßen, Wege und Kreuzungen gestalten wir kindgerecht, damit Kinder sicher und selbstständig zu Freund*innen, zur Schule oder zum Sportverein unterwegs sein können. Angebote wie Fahrrad-AGs, Leihfahrräder in Kindergrößen, sichere Fahrradwege und Kreuzungen sowie kindgerechter Straßenraum geben Eltern Sicherheit und Kindern Freiheit. Denn wer früh lernt, sich sicher durch die Stadt zu bewegen, wächst selbstbewusster und unabhängiger auf.

Gemeinsam gestalten – Demokratie erlebenvon Klein an

Für einen lebenswerten Bezirk ist es wichtig, dass Menschen von Anfang an mitreden und mit gestalten dürfen. Daher bauen wir Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus: Schüler*innen-Haushalte, Jugendparlamente und neue Formate zeigen, dass jede Stimme zählt. Das Kinder- und Jugendparlament und den Bezirksschülerrat wollen wir erhalten und stärken. Jedes Kind soll bis zur Volljährigkeit mindestens eine echte Beteiligungserfahrung machen.

Schülervertretungen unterstützen wir professionell, und wir stärken die Zusammenarbeit mit Eltern, Senior*innenvertretung, und Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten. Demokratiebildung bleibt zentral, ebenso wie U16- und U18-Wahlen.

Gesundheit für alle – vor Ort, präventiv, nachhaltig

Gesundheit darf kein Privileg sein. Unser Ziel ist, dass alle Menschen im Bezirk die Unterstützung erhalten, die sie brauchen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenssituation. Wir setzen auf wohnortnahe Versorgung, Prävention und leicht zugängliche Angebote, damit jede Person gesund aufwachsen, leben und alt werden kann. Medizinische Versorgung und soziale Prävention verbinden wir, indem wir Angebote schaffen, in denen sich Menschen begleitet, informiert und gestärkt fühlen.

Unsere wichtigsten Forderungen:

- wohnortnahe Versorgung
- Prävention und Mehrsprachigkeit
- Bewegung als Gesundheitsförderung vor Ort
- Hitzeschutz

Wohnortnahe Versorgung stärken

Gesundheits- und Familienzentren sollen feste Anlaufstellen im Kiez sein, in denen Beratung, Prävention und Unterstützung gebündelt werden. Wir unterstützen Apotheken dabei, weiterhin als eine Anlaufstelle für gesundheitliche Fragen eine wichtige Rolle zu übernehmen. Nachbarschaftsinitiativen, die Gesundheitsförderung mit sozialem Zusammenhalt verbinden, wollen wir gezielt fördern, weil sie Menschen aller Altersgruppen aktiv einbinden und besonders wirksam sind.

Prävention und Gesundheitsförderung vor Ort

Gesundheitsförderung beginnt, bevor Krankheiten entstehen. Wir wollen Zugang zu Prävention und Aufklärung fördern, der es allen ermöglicht, Risiken frühzeitig zu erkennen, eigene Ressourcen zu stärken und gesunde Routinen zu entwickeln. Besonders wichtig ist mehrsprachige Beratung, damit alle Menschen Gesundheitsangebote selbstbestimmt nutzen können.

Leicht zugängliche Informationen und niedrigschwellige Angebote sollen die Gesundheitskompetenz stärken, das psychische Wohlbefinden fördern und eine gesunde Lebensführung unterstützen, sodass alle Menschen im Bezirk die Unterstützung finden, die sie für ein gesundes Leben brauchen.

Bewegung und Begegnung im Kiez

Öffentliche Räume sollen so gestaltet sein, dass Bewegung und Begegnung im Alltag selbstverständlich und allen zugänglich sind. Sichere Radwege, wohnortnahe Sport- und Spielflächen, Outdoor-Fitnessangebote sowie niedrigschwellige Bewegungsmöglichkeiten wie Tischtennisplatten, Basketballkörbe oder Kletterwände sollen Menschen aller Altersgruppen und Lebensrealitäten zu mehr Aktivität motivieren.

Gesundheitsamt stärken und Pflege verbessern

Ein starkes Gesundheitsamt ist zentral für gerechte Versorgung. Wir setzen uns für ausreichend qualifiziertes Personal, digitale und transparente Prozesse und den Ausbau digitaler Dienstleistungen ein und verbessern die Zusammenarbeit zwischen Land, Bezirk, Arztpraxen, Kliniken, Apotheken und freien Trägern.

Pflege verbessern

Wir setzen uns für zusätzliche Kurzzeitpflegeplätze und nachsorgende Einrichtungen ein, um pflegende Angehörige zu entlasten. Die Übergänge zwischen häuslicher Pflege und stationärer Versorgung wollen wir erleichtern.

Ein verbindliches Entlassungs- und Übergangsmanagement sichert eine nahtlose Versorgung.

Psychische Gesundheit und Suchtprävention

Psychische Gesundheit ist ein zentraler Bestandteil der Versorgung. Der sozialpsychiatrische Dienst soll personell so ausgestattet werden, dass aufsuchende Arbeit und kurzfristige Krisenbegleitung möglich sind. Digitale Übersichten über Therapie-, Beratungs- und Krisenangebote sowie eine ergänzende telefonische Anlaufstelle sollen Menschen gezielt weiterleiten. Niedrigschwellige Angebote in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Sportvereinen sollen Betroffene früh erreichen und unterstützen. Auch die Suchtprävention und Suchtbegleitung wollen wir stärken, durch feste Drogenkonsumräume, mehr Drogenmobile und längere Öffnungszeiten.

Hitzeschutz – Gesundheit bei steigenden Temperaturen sichern

Hitze wird in unseren Städten immer häufiger. Besonders gefährdet sind ältere und pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderungen, Kinder, Schwangere und obdachlose Menschen – also all jene, die sich nicht selbst schützen können oder gesundheitlich vorbelastet sind.

Wir setzen uns für einen Hitzeschutz-Aktionsplan in Charlottenburg-Wilmersdorf ein, der präventive und akute Maßnahmen im ganzen Bezirk verbindlich umsetzt. Bürger*innen werden rechtzeitig informiert und gewarnt, Kitas, Alten- und Pflegeheime erhalten gezielte Unterstützung. Wir sorgen dafür, dass kühle Räume bereitstehen, Speisepläne angepasst werden und der öffentliche Raum klimaangepasst gestaltet wird – mit mehr Schatten, Trinkmöglichkeiten und Begrünung. So machen wir Hitze beherrschbar, schützen die Gesundheit aller und unterstützen die Menschen im Bezirk.

Für ein solidarisches Charlottenburg-Wilmersdorf

Charlottenburg-Wilmersdorf soll ein Bezirk sein, in dem soziale Teilhabe, Unterstützung und Zusammenhalt selbstverständlich sind. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen – unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen – aktiv am Leben im Kiez teilhaben können.

Unsere wichtigsten Forderungen:

- Selbstbestimmt altern
- Armut bekämpfen, Antragstellung und Beratung zu Leistungen bündeln

- Begegnung generationengerecht sichern, Einsamkeit vorbeugen
- Obdachlosenhilfe

Teilhabe sichern - Zusammenhalt stärken

Wir wollen, dass Menschen im Bezirk schnell und unkompliziert die Hilfe erhalten, die sie brauchen. Ein langfristiges Ziel ist die Einrichtung einer Stelle, an der Mitarbeitende verschiedener Behörden – Jobcenter, Sozialamt, Kindergeldstelle, Elternkasse oder Wohngeldstelle – einen ersten Überblick geben und Bürger*innen direkt an die zuständige Stelle verweisen können.

Darüber hinaus planen wir eine Ombudsstelle für soziale Anliegen, die Menschen unterstützt, ihre Rechte wahrzunehmen und den Zugang zu Hilfen zu erleichtern. Auch die Jobberatung im örtlichen Jobcenter soll enger mit Arbeitgeber*innen und Akteur*innen der Berufsförderung vernetzt werden, um passgenaue Unterstützung und Vermittlung zu gewährleisten.

Armut bekämpfen – Chancen für alle schaffen

Auch Menschen, die von Armut betroffen sind, sollen im Bezirk Zugang zu Bildung, Gesundheit und sozialen Unterstützungsangeboten haben und volle Teilhabe am Leben im Bezirk erfahren. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Anspruchsberechtigten ihre Sozialleistungen – Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Wohngeld – schnell, unbürokratisch und ohne lange Wartezeiten erhalten. Gleichzeitig werden Bürger*innen über ihre Ansprüche verständlich informiert und qualifiziert beraten.

Zur besseren Vernetzung von Verwaltung und Trägern wird ein Runder Tisch Armut Charlottenburg-Wilmersdorf etabliert. Über Sozialraumbudgets werden gezielt Angebote für Menschen in prekären Lebenslagen geschaffen und die Schuldnerberatung wird ausgebaut.

Darüber hinaus stärken wir die Teilhabe durch den Ausbau wohnortnaher Infrastruktur: Schwimmbäder, Bibliotheken sowie Freizeit- und Lernangebote sollen für alle leicht zugänglich sein – mit niedrigen Eintrittspreisen und langen Öffnungszeiten.

Eine digitale Kiez-Karte bündelt alle Hilfsangebote des Bezirks – leicht verständlich, barrierefrei und mehrsprachig – und ermöglicht schnelle Orientierung in allen Lebenslagen.

Charlottenburg-Wilmersdorf soll ein Bezirk sein, in dem Chancengleichheit,

Gesundheit und soziale Teilhabe für alle Menschen gewährleistet sind.

Begegnung aller Generationen fördern – eine solidarische Stadt

Wir möchten die Teilhabe und das Engagement aller Menschen im Bezirk stärken und Begegnungen zwischen den Generationen fördern. Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäuser, Nachbarschaftstreffs und Initiativen sollen langfristig gesichert werden, und neue Treffpunkte werden aktiv unterstützt – etwa durch Informationen zu Fördermitteln und rechtlichen Rahmenbedingungen. Kiezfeste für alle Altersgruppen und Kulturen stärken den Zusammenhalt, während die Kooperation zwischen Haus der Nachbarschafft und Seniorentreffs bestehende Strukturen optimal nutzt.

Das Angebot an Sozialmärkten, Reparatur- und Tauschcafés wird ausgebaut, und kostengünstige Mittagstische schaffen weitere Teilhabe-Möglichkeiten. Die Barrierefreiheit im Kiez wird konsequent umgesetzt, damit Menschen mit Behinderungen oder ältere Menschen uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Selbstbestimmt altern

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen im Alter ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben führen können und im vertrauten Umfeld bleiben. Die Bildung für ältere Menschen wird gestärkt, und die Nahversorgung mit Lebensmittelgeschäften, Arztpraxen, Apotheken und Treffpunkten wird gesichert.

Patenschaftsprojekte fördern aktive Nachbarschaften, während wir eine demenzfreundliche Kommune gestalten – mit einem Netzwerk, einem Demenz-Kompass als Informationsplattform und Begegnungscafés für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen. So bleibt das Leben im Alter aktiv, selbstbestimmt und gut vernetzt.

2885490891660799500. **gegen Einsamkeit**

Einsamkeit betrifft immer mehr Menschen aller Altersgruppen. Chronische Einsamkeit ist nicht nur ein gesundheitliches Risiko sondern auch eine Gefahr für unsere Demokratie und Gemeinschaft: Wer einsam ist, zieht sich zurück. Einsame Menschen beteiligen sich weniger politisch und sind anfälliger für demokratiefeindliche Haltungen und Verschwörungstheorien. Um Einsamkeit und sozialer Isolation wirksam zu begegnen, setzen wir auf Kampagnen im öffentlichen Raum – etwa „Plauderbänke“ – sowie auf niedrigschwellige Mitmachaktionen für Nachbar*innen. Besonders Migrant*innen und junge Menschen werden gezielt in Projekte und Aktionen gegen Einsamkeit einbezogen. Gleichzeitig stärken wir

Mehrgenerationenhäuser, in denen Jung und Alt sowie unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen aktiv zusammenkommen. Wir machen uns dafür stark, dass Mehrgenerationenhäuser auch künftig verlässlich Fördermittel aus dem Bundesprogramm erhalten.

Obdach- und Wohnungslosigkeit verhindern – Hilfe rechtzeitig leisten

Wir setzen auf gezielte Unterstützung, um Wohnungsverlust frühzeitig zu verhindern oder abzufedern und Menschen im Bezirk zu stabilisieren. Dafür wird die Beratung zu Mietschulden ausgebaut, rechtzeitige Hilfe bei Konflikten mit Vermieter*innen angeboten und es werden Housing-First-Angebote unterstützt.

Im Fokus stehen Menschen, die besonders Schutz und Unterstützung benötigen – etwa Geflüchtete, Menschenohne Anspruch auf Sozialleistungen sowie wohnungslose Frauen und Familien. Wir schaffen Safe Spaces für obdachlose Frauen, stärken Frauenberatungen und bauen spezielle Angebote für Familien aus. Unterbringungseinrichtungen werden nach klaren Standards für Größe, Hygiene und Betreuung an 24 Stunden für 7 Stunden gestaltet und sind rund um die Uhr erreichbar. Kältehilfeplätze, palliativmedizinische Versorgung und mobile Sozial- und Gesundheitsteams sichern medizinische und soziale Unterstützung direkt vor Ort.

Aufsuchende Sozialarbeit stellt sicher, dass Hilfe direkt bei den Betroffenen ankommt. Eine Beschwerdestelle für obdach- und wohnungslose Menschen sowie regelmäßige Runde Tische mit Bezirksamt, Trägern und Vereinen bündeln Maßnahmen und verbessern kontinuierlich die Angebote. Damit ist präventive Unterstützung, Schutz und Betreuung für alle Menschen ohne festen Wohnraum gewährleistet.

Verantwortungsvoll verwalten – gerecht finanzieren

Wir stehen für eine moderne, bürgernahe und zukunftsfähige Verwaltung. Wir wollen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Vielfalt als Leitprinzipien unseres Handelns verankern – für mehr Service, Transparenz und Teilhabe. Eine starke finanzielle Grundlage sichert die Handlungsfähigkeit unseres Bezirks. Den Katastrophenschutz stärken und modernisieren wir um besser vorbereitet auf neue Herausforderung zu sein. So gestalten wir ein Charlottenburg-Wilmersdorf, das gerecht, innovativ und resilient in die Zukunft geht.

Unsere wichtigsten Forderungen:

- Klare Digitalstrategie für den Bezirk
- Mehrsprachiger ChatBot zur Unterstützung des Bürger*innenservice

- Organisations- und Personalentwicklung im Hinblick auf Diversität vorantreiben

- Mehr Planungssicherheit durch Regelfinanzierung statt Flickenteppich mit Sonderprogrammen

- Katastrophenschutz mit Notfallkonzepten und ausfallsicherer Ausstattung resilient aufstellen

Verwaltung – digital, bürgernah und sicher

Eine moderne, leistungsfähige Bezirksverwaltung ist die Grundlage für eine bürgernahe, effiziente und zukunftsfähige Demokratie. Wir wollen daher die Digitalisierung der Verwaltung konsequent vorantreiben – mit dem Ziel, den Service für Bürger*innen und Unternehmen deutlich zu verbessern, Verfahren zu beschleunigen und die Transparenz zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass innerhalb der Bezirksverwaltung die Bearbeitungs- und Entscheidungsprozesse effizienter, kundenorientierter und vor allem digital gestaltet werden, sodass Anträge in der vom Gesetzgeber vorgesehen Frist - im Regelfall ein bis drei Monate - auch bearbeitet werden können.
Digitale Angebote ermöglichen einen unkomplizierten Zugang zu Verwaltungsleistungen – unabhängig von Öffnungszeiten oder Wohnort. Wir wollen, dass Anträge online gestellt, Unterlagen digital eingereicht und Bearbeitungsstände eingesehen werden können. Bürger*innen sparen so Zeit, Aufwand und Wege. Gleichzeitig entlastet eine digital gut aufgestellte Verwaltung auch die Mitarbeiter*innen, indem Routineaufgaben reduziert werden und mehr Raum für individuelle Beratung bleibt.

Damit dieser Wandel gelingt, braucht es eine klare Digitalstrategie auf Bezirksebene, die alle Verwaltungsbereiche einbezieht. Wir wollen die elektronische Aktenführung vorantreiben und die IT-Sicherheit erhöhen. Mit Schulungen und moderner IT-Ausstattung machen wir die Verwaltung fitter für die Digitalisierung und beziehen alle Mitarbeiter*innen aktiv in den digitalen Wandel ein.

Um den Bürger*innenservice zu verbessern, wollen wir einen mehrsprachigen Chatbot im Bezirk einführen. Dieser soll auf der Website des Bezirksamts häufig gestellte Fragen schnell und verständlich beantworten – etwa zu Urkunden, Anträgen oder Zuständigkeiten. Das verkürzt Wartezeiten, macht die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger*innen effizienter und entlastet das Personal. Zur Weiterentwicklung des Chatbots wollen wir eine wissenschaftliche Begleitung und anonyme Auswertung beauftragen, unter anderem durch das IT-Dienstleistungszentrum Berlin und das DAI-Labor der TU Berlin.

Nachhaltige Beschaffung

Bei der Beschaffung setzen wir klare Schwerpunkte: ökologisch, langlebig und wirtschaftlich. Produkte sollen vor der Anschaffung auf ihren ökologischen Fußabdruck, ihre Haltbarkeit und mögliche Folgekosten geprüft werden. Nur langlebige und energieeffiziente Lösungen sind langfristig sinnvoll – für Haushalt und Klima gleichermaßen.

Dies gilt auch für Soft- und Hardware: Auch hier wollen wir umweltfreundliche Produkte und Systeme beschaffen. Angesichts zunehmender Cyberangriffe ist Datensicherheit zentral. Bürger*innen sollen nicht die Sorge haben, dass ihre persönlichen Daten im Netz landen. Daher wollen wir bei der Beschaffung von Hard- und Software ebenso auf Sicherheit achten. Wir wollen sichere, nachhaltige IT-Lösungen einsetzen und die Mitarbeiter*innen durch regelmäßige Schulungen im Bereich IT- und Datensicherheit unterstützen.

Vielfalt stärken, Verwaltung inklusiv gestalten

Wir setzen uns für eine Verwaltung ein, die die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und aktiv fördert. Grundlage sind das Landesgleichstellungsgesetz (LGG), das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und das Berliner Diversity-Landesprogramm. Unser Ziel ist eine chancengleiche, diskriminierungsfreie und inklusive Verwaltungskultur, die von Wertschätzung, Teilhabe und Transparenz geprägt ist.

Dafür prüfen wir Verwaltungsstrukturen und Prozesse kritisch auf Diskriminierungsrisiken und bauen diese ab. Wir wollen die diversitätsorientierte Organisationsentwicklung weiterentwickeln, um Strukturen inklusiv zu gestalten. Um Vielfalt in der Verwaltung sichtbarer zu machen, stärken wir gezielt Kommunikation, Sprache und Öffentlichkeitsarbeit. Für alle Beschäftigen und Führungskräfte wollen wir Schulungen für eine inklusive und gerechte Arbeitskultur anbieten. Wir fördern bezirksinterne und landesweite Netzwerksarbeit, um Austausch und Kooperation zu stärken. Durch faire Chancen, Partizipation und flexible Strukturen steigern wir die Attraktivität des Bezirksamts als Arbeitgeber.

Starke Finanzen – handlungsfähiger Bezirk

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht eine verlässliche finanzielle Grundlage. Wenn Bund oder Land dem Bezirk neue Aufgaben übertragen, müssen dafür auch das nötige Personal und die finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Das Konnexitätsprinzip – „wer bestellt, der zahlt“ – muss konsequent umgesetzt werden. Nur so können wir vor Ort verlässlich handeln, unsere Stadt nachhaltig gestalten und gute Lösungen für die Menschen umsetzen.

Auftragsweise bewirtschaftete Mittel sind für die Bezirke zu kompliziert und sichern keine dauerhafte Finanzierung. Wir setzen uns dafür ein, Sonderprogramme zurückzufahren und stattdessen die Regelfinanzierung zu stärken. Mittel sollen verstärkt in die Globalbudget-Finanzierung überführt werden. Neue Sonderprogramme sollen nur noch reduziert, klar befristet, wirkungs- und zielorientiert und von Anfang an mit einer Perspektive für die Überführung in die Regelfinanzierung aufgesetzt werden. So stärken wir die Arbeit der Beschäftigten und die Handlungsfähigkeit und Planungssicherheit des Bezirks dauerhaft.

Europa in der Verwaltung stärken

Wir wollen europäische Themen in der Bezirksverwaltung strukturell verankern und vorhandene Fördermöglichkeiten konsequent nutzen. So kann Charlottenburg-Wilmersdorf aktiv zu einem handlungsfähigen, gerechten und zukunftsfähigen Europa beitragen – ganz konkret vor Ort.

Dafür streben wir eine personelle Verstärkung der EU-Koordination im Bezirk an. Sie soll die Akquise europäischer Fördermittel verbessern sowie Beratungs- und Informationsangebote ausbauen. Erfahrungen aus anderen Bezirken zeigen, dass sich solche Stellen durch eingeworbene Fördermittel häufig selbst refinanzieren.

Darüber hinaus setzen wir uns gegenüber dem Senat dafür ein, das Förderprogramm LoGo Europa für den europäischen Verwaltungsaustausch wiederaufzunehmen und so den fachlichen Austausch und die europäische Vernetzung der Verwaltung zu stärken.

Katastrophenschutz – Mensch und Umwelt schützen

Extremwetterereignisse, zunehmende digitale Abhängigkeiten und eine wachsende Gefährdung kritischer Infrastrukturen, auch durch gezielte Angriffe, stellen den Katastrophenschutz vor neue Anforderungen. Charlottenburg-Wilmersdorf muss sich darauf besser vorbereiten. Hierfür werden wir darauf achten, die neugeschaffenen Stellen zügig besetzen.

Wir setzen uns dafür ein, die Zusammenarbeit der Katastrophenschutzbehörden im Bezirk an die neuen Herausforderungen anzupassen. Dazu gehört auch die Erstellung von Notfallkonzepten für einen Ausfall in der kritischen Infrastruktur (KRITIS), insbesondere im Bereich der Energieversorgung. Es muss klar sein, wo gefärdeten Objekte wie beispielsweise Pflegeheime liegen, wer Ansprechpartner ist und wie die notstromversorgung gesichert ist. Funktionierender Katastrophenschutz braucht klare Zuständigkeiten und geregelte Abläufe aller beteiligten Stellen. Im Katastrophenfall muss klar sein, welche Aufgaben der Bezirk übernimmt und welche das Land und wer konkret den

Katastrophenfall oder die Großschadenslage ausruft, um so bei der Alarmierung der ehrenamtlichen Mitglieder der Hilfsorganisationen, der Feuerwehr und des THW während des Einsatzes den Verdienstausfall gewährleistenzu können.. Regelmäßige Katastrophenschutzübungen und Fortbildungen der Beteiligten sorgen dafür, dass alle wissen was zu tun ist, wenn es darauf ankommt. Daher werden wir jährlich eine Krisenstabsübung abhalten.

Wir fordern eine **einheitliche, ausfallsichere technische Ausstattung der Bezirke** im Katastrophenschutz. Dazu gehören funktionierende Alarmierungs- und Funkstrukturen, einheitliche Kommunikationssysteme sowie stromnetzunabhängige Telefonie, die auch bei längerem Stromausfall verlässlich funktioniert. Digitale Systeme müssen konsequent durch robuste analoge Strukturen abgesichert werden. Dienstgebäude müssen zudem umgerüstet werden, um Notstrom durch Netzersatzanlagen einspeisen zu können.

Für den Krisenfall braucht es **klare, aktiv nutzbare Helfer*innensysteme**. Wir setzen uns dafür ein, dass unser Bezirk je nach Eskalationsstufe auf ein registriertes Helfer*innen-System zugreifen und dieses direkt in bestehende Alarmierungsstrukturen einbinden kann. Spontanhelfer*innen sollen koordiniert und gezielt eingesetzt werden.

Katastrophenschutz braucht **verlässliche Strukturen und handlungsfähige Orte** vor Ort. **Katastrophenschutz-Leuchttürme** übernehmen im Krisenfall zentrale Aufgaben der Koordination und Kommunikation und müssen dauerhaft betriebsbereit sein. **Katastrophenschutz-Informationspunkte** dienen als niedrigschwellige Anlaufstellen für **Information und Orientierung der Bevölkerung** und sollen dezentral im Kiez gut erreichbar verortet werden. Darüber hinaus sollen **große Einkaufszentren, zentrale öffentliche Gebäude und stark frequentierte Orte** verpflichtet werden, **Notstromaggregate vorzuhalten** und über **digitale Anzeigen oder Leinwände** relevante Sicherheits- und Kriseninformationen für Bevölkerung, Bezirk und Land Berlin bereitstellen können. Sämtliche Straßenbrunnen werden wir in den nächsten Jahren ertüchtigen, um die Notwasserversorgung sicherzustellen.**Die Finanzierung der Ertüchtigungklären wir mit dem Senat.**

Katastrophenschutz entscheidet sich im Kiez. **Resiliente Nachbarschaften, lokale Netzwerke und bürgerschaftliches Engagement** sind die Strukturen, die Krisen wirksam abfedern. Wir wollen die **Handlungsfähigkeit vor Ort systematisch stärken**: Menschen befähigen, sich zu organisieren, Verantwortung zu übernehmen und im Krisenfall aktiv zu handeln. Diese Investition in lokale Strukturen, über Sozialraumkoordination, Stadtteilzentren sowie die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Gewerbetreibenden und lokaler Wirtschaft, macht den Bezirk widerstandsfähig und solidarisch zugleich. Wir werden so dafür Sorge tragen, dass insbesondere pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall unterstützt werden.